

BürgerInnenbrief **Mitte**

31. Januar 2011



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Nach der Wahl +++ Fragen & Antworten +++ Soziale Spaltung +++ Bilanz nach drei Jahren +++ Wählen gehen! +++ Tipps

Was uns nach der Wahl erwartet



Der vom SPD-Spitzenkandidaten Olaf Scholz benannte zukünftige Wirtschaftssenator Frank Horch, langjähriger Präses der Handelskammer Hamburg, wurde von Journalisten der Zeitung »Die Welt« befragt, wie er eigentlich zur Vermögenssteuer, zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes, wie sie von der SPD gefordert wird, und zum »demokratischen Sozialismus« des SPD-Vorsitzenden Siegmар Gabriel steht. Das designierte Senatsmitglied antwortete: »Das sind alles Themen, die uns, bei vielen Gedanken, die wir uns gemacht haben, nicht vornehmlich berühren. Was uns bewegt, sind die Hamburger Belange, und vor allem das, was die Wirtschaft in Hamburg angeht. Ich bewerbe mich nicht um ein Berliner Ministeramt, sondern um das Amt des Wirtschaftssenators.«

Eine künftige Landesregierung unter der Führung der SPD hat nicht vor, die Einnahmesituation der öffentlichen Finan-

zen in Hamburg zu verbessern. Deshalb – so der Spitzenkandidat der Hamburger Sozialdemokraten – steht etwa eine Anhebung der Gewerbesteuer für ihn nicht zur Diskussion: »Wenn man Einnahmen generieren will, kann man über manches nachdenken, aber die Spielräume sind nicht mehr groß. Irgendwann müssen wir auch akzeptieren, mit unserem Geld auszukommen.« Zur Sanierung der öffentlichen Finanzen führt Scholz aus: »Wir haben ein klares Konzept, wie man den Haushalt solide finanzieren und konsolidieren kann. Da ist in den letzten Jahren viel aus dem Ruder gelaufen. Allein in den vergangenen zwei Jahren sind die laufenden Kosten im Betriebshaushalt um fast eine Milliarde Euro gestiegen. Der Senat hat in zwei Jahren mehr als 1.300 zusätzliche Beschäftigte in der Hamburger Verwaltung eingestellt, davon sind allein 570 leitende und entscheidende Verwaltungsmitarbeiter.

Wir wollen einen Teil dieser zusätzlichen Stellen in der oberen Verwaltung über Fluktuation rasch wieder abbauen. Das bringt sehr viel Geld ein, denn für die zusätzlichen Mitarbeiter wurden auch teure Räume angemietet. Wenn man zudem besser plant und nicht 800 Millionen Euro durch Fehlplanungen von Großprojekten verliert, dann ergibt sich durchaus Spielraum dafür, unsere Kitas besser und am Ende das fünfständige Grundangebot für die Familien kostenlos zu machen. Insgesamt müssen wir die Blickrichtung wechseln. Ab 2020 dürfen wir keine neuen Schulden mehr machen. Deswegen werden die Ausgaben in den kommenden zehn Jahren weniger steigen als die Einnahmen. Wenn wir also etwas zusätzlich machen wollen, müssen wir die Mittel dafür sofort an anderer Stelle im Haushalt freimachen.«

Das SPD-Konzept läuft also auf eine Neuauflage der Kürzungs- und Konsolidierungspolitik hinaus. Die vielen dringlichen Aufgaben – gebührenfreie Bildungsangebote, Ausweitung eines Programms für bezahlbare Mietwohnungen, Erweiterung des öffentlichen Personennahverkehrs und Verbesserung der Finanzsituation für Museen, Theater, Bühnen etc. – wird man auf dieser Finanzgrundlage nicht lösen können. Die Forderung, die öffentlichen Ausgaben müssten gekürzt werden, weil Hamburg ein Ausgaben- und kein Einnahmeproblem habe, ist eine falsche Orientierung.

Um Finanzmittel für mehr öffentliche Investitionen zu gewinnen, müssen und können die städtischen Einnahmen verbessert werden. Personalabbau im öffentlichen Dienst, Gehaltskürzungen und Verschiebungen bei Infrastrukturinvestitionen sind kein Beitrag zur Lösung der Probleme. Wer würde bestreiten wollen, dass sich im laufenden Haushalt auch überflüssige Investitionen und überhöhte Betriebsausgaben ausmachen lassen, die umgeschichtet werden können (z.B. der Neubau der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt mit 200 Mio. Euro oder die überhöhte Anmietung von Büroflächen von 100.000 qm für jährlich 12,5 Mio. Euro). Und auch in Sachen Personalaufstockung bei den Spitzen der Behörden kann man sicherlich umsteuern. Aber bei allen denkbaren Umschichtungen von Fehl Ausgaben durch die schwarzgrüne Koalition muss festgehalten werden: Hamburg hat – wie inzwischen nahezu alle Kommunen in Deutschland – vor allem ein Einnahmeproblem.

Die wesentlichen Fakten: Das Wirtschaftsmagazin »Impulse« hat 575 Steuerämter einer Prüfung unterzogen. Das Hamburger Finanzamt für Großunternehmen landet bei diesem Ranking bundesweit auf dem vorletzten Platz. Großunternehmen werden im Durchschnitt nur alle 5,2 Jahre einer Prüfung unterzogen. Der Grund für diese Praxis: Die Steuerämter sind personell unterbesetzt. Da kann auf Landesebene viel getan werden. Denn zum schonungsvollen Umgang gehört auch, dass im Jahr 2007 noch Betriebsprüfungen in 1.327 Großbetrieben stattfanden, 2009 waren es nurmehr 1.158.

Auf Druck der Opposition werden jetzt sechs zusätzliche Fachkräfte eingestellt. Welches Potenzial die von der LINKEN geforderten 150 zusätzlichen SteuerprüferInnen erschließen könnten, belegt die hohe Zahl der SteuerhinterzieherInnen, die sich neuerdings selbst anzeigen. Der Antwort des Senats

auf meine Kleine Anfrage in Sachen SteuersünderInnen, also derjenigen gut betuchten Hamburger BürgerInnen, die nach dem Auftauchen entsprechender Daten von Konten in der Schweiz und Liechtenstein prophylaktisch Selbstanzeige erstatteten, um einer strafrechtlichen Verfolgung zu entgehen, und nur ein bisschen zusätzliche Steuerschuld nachentrichteten, entnehme ich folgende Fakten:

- Die Anzahl der Selbstanzeigen lag in den Jahren 2007 und 2008 unter 100, stieg im Jahr 2009 auf 189 und erreichte 2010 insgesamt 764 »Fälle«.
- Auf die Frage, wie viel zusätzliche Einnahmen denn dadurch generiert wurden, schrieb der Senat zwar lapidar, dass »die zur Beantwortung benötigten Daten statistisch nicht erfasst werden«, aber unter Rückgriff auf andere Quellen kann davon ausgegangen werden, dass jede Selbstanzeige im Durchschnitt 75.000 Euro »bringt«. Bei 764 geständigen Steuerbetrügnern hat das im Jahr 2010 zu Mehreinnahmen von ca. 60 Mio. Euro geführt.
- Würde zudem der schonungsvolle Umgang mit diesen gut betuchten Gemeinwohlschädigern beendet – von den rund 10.000 Einkommensmillionären (Überschusseinkünfte über 500.000 Euro) in Hamburg wurden in den vergangenen Jahren 21 (2006), 22 (2007), 35 (2008) und 31 (2009) überhaupt nur geprüft – und auch Strafzahlungen eingeführt, könnten die Einnahmen noch deutlich höher liegen.
- Eine letzte Zahl verdeutlicht die Größenordnung des zu hebenden Steuerschatzes: Im Jahr 2009 hat jede/r SteuerprüferIn Mehreinnahmen von 1,2 Mio. Euro erzielt. Zusätzliche 150 SteuerprüferInnen könnten die Stadtkasse also um etwa 180 Mio. Euro aufbessern.

Aber dies allein wird nicht ausreichen, um einerseits die notwendigen Zukunftsinvestitionen zu finanzieren, und zweitens Hamburg perspektivisch aus der Schuldenfalle herauszuführen. Eine strukturelle Entschuldung der Stadt ist nur durch eine andere Steuerpolitik auf Bundesebene zu erreichen. Dabei geht es vor allem darum, die systematische Begünstigung von Unternehmen und Vermögensbesitzern zu beenden. Deren Folgen sind aktuell u.a. daran ablesbar, dass die Steuereinnahmen aus Kapitalerträgen im Jahr 2010 mit einem Rückgang von 12,4 Mrd. Euro auf 8,7 Mrd. Euro regelrecht eingebrochen sind. Verantwortlich dafür war eine noch von der schwarz-roten Bundesregierung auf den Weg gebrachte Steuerreform, durch die auf Zinserträge, Dividenden und Wertpapiergewinne nur mehr eine Abgeltungssteuer von 25% zu zahlen ist. Bis Ende 2008 galt dagegen ein deutlich höherer persönlicher Einkommensteuersatz.

Neben der Beendigung dieser Begünstigung von Zinseinkommen und einer deutlichen Erhöhung der oberen Einkommensteuersätze müssten von Hamburg aus Initiativen ergriffen werden, dass auf Bundesebene die Vermögenssteuer wieder eingeführt wird, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefachsteuer (die auch von Selbständigen zu zahlen wäre) weiter entwickelt und die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer auf aktuelle Verkehrswerte umgestellt wird.

Dass ein solcher Richtungswechsel in der nationalen Steuerpolitik kurzfristig sicher schwierig umzusetzen sein wird,

ist unstrittig. Insofern muss zur Finanzierung einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Hamburg neben diversen Umschichtungen im Haushalt (vor allem durch den Verzicht auf überflüssige Groß- und Prestigeprojekte) vorübergehend auch auf den öffentlichen Kredit zurückgegriffen werden. Damit werden Investitionen in die Zukunft getätigt, die das Vermögen der Stadt und ihrer BürgerInnen vergrößern.

Nimmt man die Äußerungen des SPD-Spitzenkandidaten und seines designierten Wirtschaftssenators für bare Münze, ist davon auszugehen, dass auch die künftige Landesregierung die Verbesserung der Steuereinnahmen genau so tabuisieren wird wie die gescheiterte schwarz-grüne Koalition. Das sind gute Aussichten für die gut Betuchten Hamburger Pfeffersäcke, schlechte für die Stadt und die Mehrheit der in ihr lebenden Menschen.

Fragen & Antworten: bis zum Schluss!



Breitensportaktivitäten werden immer teurer: Eisbahn Wallanlagen

Ich setze die im letzten »BürgerInnenbrief« begonnene exemplarische Darlegung fort, wie mit Kleinen Anfragen für mehr Transparenz gesorgt und dem Senat Antworten, auch wenn diese mitunter bedrückend spärlich ausfallen, entlockt werden können. Mittlerweile sind alle dort angesprochenen Anfragen beantwortet worden.

Die Eintrittspreise für den Besuch der Eisbahn Große Wallanlagen haben sich in den vergangenen vier Jahren um bis zu 80% erhöht. Zahlten Kinder bis zu 16 Jahren noch bis Anfang 2007 einen Betrag von 2,05 Euro, waren es Ende 2010 bereits 3,50 Euro. Menschen mit geringem Einkommen wird es immer schwieriger gemacht, an Breitensportlichen Aktivitäten wie Schlittschuhlaufen teilzunehmen. Bei den Schwimmbädern fallen die Preiserhöhungen ebenfalls deutlich zu hoch aus: Im Bille-Bad z.B. zahlte ein Erwachsener im Jahre 2005 für den allgemeinen Badeeintritt 4,00 Euro, 2010 waren es dann 5,10 Euro, eine Steigerung von mehr als 25%.

Ich hatte den Senat auch nach dem Umgang mit Parzellen in Georgswerder und Wilhelmsburg gefragt. Dort wurde zahlreichen KleingärtnerInnen gekündigt, um Platz für die internationale Gartenschau (igs) und die Internationale Bauausstellung (IBA) im Jahre 2013 zu schaffen. Der Senat hat

mit seiner Antwort meine Befürchtungen noch übertroffen: Allein in Georgswerder mussten in den letzten drei Jahren 143 Parzellen geräumt werden, auf einer davon hält sich bis heute ein tapferer Pächter. »In Wilhelmsburg waren im Rahmen der in der Zuständigkeit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt liegenden Realisierung der Projekte igs und IBA 193 Parzellen im Hinblick auf einen Abriss der Gartenhäuser zu räumen«, so der sich im Licht der »Umwelthauptstadt« sonnende Senat. Immerhin fünf von ihnen – darunter meine GenossInnen Christine Wolfram und Ronald Wilken – lehnen die Räumung trotz erheblichen Drucks noch immer ab. Summa summarum sind in den vergangenen drei Jahren die Gartengrundstücke von 330 PächterInnen vernichtet worden, nur ein Teil von ihnen wurde mit einer Ersatzfläche bedacht.

Es ist mittlerweile ein offenes Geheimnis, dass der Bezirk Mitte munter daran festhält, Abgeschlossenheitserklärungen (als formale Voraussetzung für die Umwandlung einer Miet- in eine umgewandelte Eigentumseinheit) zu erteilen, obwohl der Senat am 22. Juni 2010 einen »Aufstellungsbeschluss« für eine Soziale Erhaltungsverordnung erlassen hatte, der dem Bezirksamt Möglichkeit eröffnet hätte, »eingehende An-

träge auf Abriss, bauliche und Nutzungsänderung sowie Umwandlung für maximal ein Jahr zurückzustellen«. Trotzdem wurden im zweiten Halbjahr 2010 insgesamt für zwölf Wohnungen, ein »Wohnhaus« und zwei Gewerbeeinheiten Abgeschlossenheitserklärungen ausgestellt. Diese Praxis passt gut dazu, dass sich die Untersuchung zur Feststellung der Aufwertungs- und Verdrängungspotenziale nochmals verzögert hat und mit einem Ergebnis nicht mehr vor Herbst 2011 gerechnet wird. Man will ja auch möglichst bis zuletzt den Spekulanten nicht den Weg verbauen, schnell noch die eine oder andere Wohnung »marktgerecht« aufzuschicken.

Bezüglich meiner Anfrage zum Bau von umstrittenen Zäunen in der Möllner Landstraße durch die SAGA GWG reagiert der Senat ohne besonderes Problembewusstsein. Es sei halt nötig gewesen, Jugendliche mit »Drogenproblemen« (wovon die Polizei nach eigenen Angaben keine Kenntnis hat) hätten einen bisher offenen Durchgang genutzt, der jetzt versperrt worden sei; die Ankündigung einer solchen, die Grundstücke

verbauenden Umzäunung liege alleine in der Verantwortung des Wohnungsunternehmens und müsse daher auch nicht angekündigt geschweige denn rückgekoppelt werden.

Einen ähnlichen Tenor trägt auch die Antwortung auf meine Kleinen Anfrage zum Thema Leerstand in Neuenfelde. Dort hatte die Stadt mit Blick auf die Werkserweiterung von Airbus seit dem Jahre 2000 insgesamt 86 Wohnungen erworben, von denen 17 Wohneinheiten für eine Landbahnverlängerung abgerissen wurden, 14 vermietet blieben und also 55 über viele Jahre leer standen. Erst seit Anfang 2011 wird daran gegangen, in einem »ersten Schritt« elf Häuser zu sanieren, um sie dann wieder der Wohnnutzung zuzuführen. Alleine die Sanierung wird rund eine halbe Million Euro kosten, nachdem diese Häuser längere Zeit nicht vermietet waren.

Kleine Anfragen – und allzu häufig unzureichende Antworten – bleiben unter dem Rumpfsenat ein Beitrag für Information, Transparenz und Aufklärung seitens der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Soziale Spaltung: Wohnen in Hamburg



Aus dem Einladungsflyer der Konferenz zur sozialen Spaltung

Am **Mittwoch, den 16. Februar**, tagt von 8:30 bis 17:00 Uhr in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW, Berliner Tor 5) die »2. Konferenz zur sozialen Spaltung«. Sie trägt den Titel »Wohnen in Hamburg. Marktentwicklung und soziale Folgen« und wird von der Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg veranstaltet, einem Zusammenschluss aus der Evangelischen Akademie der Nordelbischen Kirche, der Lawaetz-Stiftung, dem Diakonischen Werk, dem Hamburger Institut für Sozialforschung, dem Institut für Soziologie der Helmut-Schmidt-Universität (der Bundeswehr), dem HAW-Departement für Soziale Arbeit, der Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsförderung am Universitätskrankenhaus Eppendorf und dem Arbeitsgebiet Stadt- und Regionalsoziologie der HAW-Universität.

Im Aufruf zur Konferenz wird konstatiert, dass sich »Armut, Ausgrenzung und Entsolidarisierung auch in der reichen Stadt Hamburg verfestigt haben und weiter zunehmen«. Nach der ersten Konferenz im Februar 2010, auf der es grundsätzlich um die soziale Spaltung in Hamburg ging, wird jetzt das Augenmerk auf die Wohnungsfrage gerichtet. »Dabei werden die aktuellen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt analysiert, die sozialen Auswirkungen aufgezeigt und nach Maßnahmen zur Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums gefragt. Wohnen gehört zur sozialen Daseinsvorsorge und von daher in den Bereich sozialstaatlicher Verantwortung.« Vor dem Hintergrund der voranschreitenden sozialen Spaltung und der grassierenden Wohnungsmisere ist eine möglichst zahlreiche Teilnahme an der Konferenz zu wünschen, wenn-

gleich die Tatsache, dass sie mitten in der Woche stattfindet, vielen eine Teilnahme erschweren dürfte.

Beginnen wird die Konferenz um 9:00 Uhr mit Eingangsreferaten von Jan Kuhnert aus Hannover (»Das Versagen des Wohnungsmarktes und die Notwendigkeit einer sozialen Wohnungspolitik«) und Prof. Dr. Andreas Farwick aus Bochum (»Von der gespaltenen Gesellschaft zur gespaltenen Stadt«). Nach der Mittagspause gibt es ab 14:00 Uhr Diskussionsrunden zu

- Wohnungsunternehmen als Steuerungsinstrument staatlicher Politik am Beispiel der SAGA
- Wohnraumversorgung für spezielle Nachfragegruppen (z.B. Haftentlassene, Drogenabhängige, Jugendliche, Flüchtlinge, Demenzerkrankte)

- Wohnungen und das Umfeld können krank machen. Zur Qualitätsfrage des Wohnens.
- Wie Wohnen arm machen kann
- Genossenschaftliches Wohnen als Alternative.

Von 16:00 bis 17:00 Uhr soll es in einer abschließenden Podiumsrunde um die Forderungen an die Hamburger Wohnungspolitik gehen.

Der Teilnehmerbeitrag beträgt 15 Euro (ermäßigt 5 Euro). Verbindliche Anmeldungen sind bis zum 7. Februar zu richten an die Evangelische Akademie der Nordelbischen Kirche (info@akademie-nek.de). Weitere Informationen zum Programm gibt es im Netz unter www.hamburg-stadtfueralle.de und unter Tel. 30 62 01 452.

Rückblick auf drei Jahre »Politikbegleitung«

von Michael Joho



Der Autor mit dem Bezirksamtsleiter von Hamburg-Mitte Markus Schreiber

Vor knapp drei Jahren hat mich Joachim Bischoff als seinen wissenschaftlichen Referenten angestellt – ein von der Hamburgischen Bürgerschaft eingeräumtes Privileg, das allen Abgeordneten zusteht, um die Arbeit dieses »Feierabendparlaments« halbwegs bewältigen zu können. Ich habe diese Herausforderung gern angenommen, denn nach etlichen Jahren des Engagements vorrangig auf Stadtteilebene in St. Georg war es mir ein Anliegen, meine Erfahrungen stärker auch auf bezirklicher und gesamthamburgischer Ebene einzubringen. Im Mittelpunkt meiner Arbeit standen die von mir über viele Jahre bereits bearbeiteten Bereiche Stadtentwicklungsbzw. Wohnungspolitik sowie der Sport. Hinzu kam die Finanz- und Haushaltspolitik, für die Joachim innerhalb der Linksfraktion ebenfalls zuständig war. Einen besonderen Stellenwert hatte der Wahlkreis I Hamburg-Mitte – also die Stadtteile Alt-

und Neustadt, St. Georg und St. Pauli, Hamm, Horn, Hammerbrook, Borgfelde, die Hafencity und Neuwerk (das wir im letzten Jahr immerhin schon mal besucht haben) –, in dem Joachim direkt in die Bürgerschaft gewählt wurde.

Einen gewichtigen Teil der Zeit nahmen die alltäglichen Arbeiten in Anspruch, die auch DIE LINKE in der Opposition zu erledigen hatte: Kenntnisnahme dutzender Drucksachen, Verfolgen wichtiger politischer Debatten und fachlicher Diskurse, Vorarbeiten für Anträge, Kleine und Große Anfragen, Artikel für die Website sowie Pressemitteilungen. Im Kern ging es dabei immer – bei allem, mitunter auch fragwürdigem »Papierkram« – um sehr konkrete Anliegen, die die Lebenslage von Menschen und die Entwicklung von Quartieren maßgeblich beeinflussen. Beispiel: das Ansinnen des Senats, flankiert von der SPD Hamburg-Mitte, in Horn eine gut 31 Millionen Euro teure

kombinierte Galopp- und Trabrennbahn durchzusetzen: Wir konnten dieses Millionärsprojekt (zumindest nach jetzigem Stand) stoppen, die finanziellen Risiken und auch die zwiespältigen Auswirkungen für den Stadtteil (zusätzliche Verkehrsbelastungen, massive Einschränkungen bei der Nutzung des Freizeitgeländes) waren letztlich doch zu groß.

Solche Beispiele (es ließen sich leicht weitere anführen) machen deutlich, welche positive Rolle eine aktive innerparlamentarische Opposition spielen kann. Denn auch der Senat ist auf ein gewisses Maß an öffentlicher und medialer Zustimmung angewiesen. Wird diese in Frage gestellt, sind Veränderungen auch aus der Opposition heraus zu erzwingen. Ich hege zwar nicht die Illusion, dass eine einzelne Initiative, eine Anfrage oder ein Antrag direkt zum Erfolg führt, aber sie können bisweilen behördliche Politik korrigieren.

In dieser Hinsicht empfinde ich es als einen der größten Erfolge etlicher Initiativen der außerparlamentarischen Bewegung, die von der LINKEN unterstützt wurden, dass im vergangenen Jahr die Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik einen neuen Stellenwert erhalten hat (Stichworte: Gängeviertel, Kampf gegen Leerstände und die neue Quasi-Autobahn in Wilhelmsburg). Und auch ein mir besonders nahes Beispiel will ich anführen: Ich habe mir seit Ende der 1990er Jahre – um es salopp auszudrücken – den Mund fusselig geredet, um eine Soziale Erhaltungssatzung für das Hauptbahnhofviertel einzufordern, die die Umwandlung von erschwinglichen Miet- in teure Eigentumswohnungen in einem klar definierten Gebiet erschwert. Ich erinnere noch sehr gut, dass CDU und SPD im Bezirk Mitte jahrelang dagegen gewettert haben, man dürfe sich »Veränderung« und »Aufwertung« eines »sozialen Brennpunkts« nicht entgegenstellen, die Umwandlung von günstigen Miet- in luxussanierte Eigentumswohnungen hätte positive Auswirkungen auf die Bereinigung der »Stadtteilprobleme«. Gemeinsam lehnten beide Parteien 2002 die Einführung einer Sozialen Erhaltungssatzung ab. Die GAL brüstete sich

damit, wenigstens eine Städtebauliche Erhaltungsverordnung (die lediglich den Abbruch bestimmter Häuser verhindern hilft, altherwürdige Fassaden bleiben stehen, hinter ihnen entsteht teuerster, neu gebauter Wohnraum) auf den Weg gebracht zu haben. Seit 2009/2010 scheint nun vieles anders zu sein. Ich durfte erleben, wie die Koalitionäre aus CDU/GAL (im Senat) und SPD/GAL (im Bezirk) plötzlich Krokodilstränen weinten und sich »betroffen« zeigten über die Gentrifizierung der innenstadtnahen Quartiere. Inzwischen sind für verschiedene Viertel Soziale Erhaltungssatzungen zumindest in der Prüfung – zwar erst nach einem guten Jahrzehnt, in dem allein in St. Georg rund 10 bis 15% des Wohnungsbestandes in teure Eigentumswohnungen umgewandelt worden sind, aber immerhin.

Es ist dem Netzwerk Recht auf Stadt, aber auch dem Wirken der LINKEN in der Bezirksversammlung und in der Bürgerschaft zu verdanken, dass Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik zu einem Wahlkampfschwerpunkt geworden ist und die Parteien sich zumindest in der Ankündigung neuer Wohnungsbauvorhaben geradezu überschlagen. Bis zu 40.000 fehlende Wohnungen in Hamburg sind Ausdruck einer seit vielen Jahren verfehlten Stadtentwicklungspolitik zugunsten von »Standortinteressen« und »Leuchtturmprojekten«. Die Quittung dafür bekommt bei der Wahl am 20. Februar wohl nur die CDU, obwohl auch die SPD einen gehörigen Anteil an den Fehlentwicklungen hat und die GAL fast drei Jahre lang sogar die Stadtentwicklungssenatorin stellte.

Ein ganz wichtiger Teil meiner Arbeit bestand in dem Kontakt zu den verschiedenen Einrichtungen und Initiativen in den Stadtteilen, ohne die eine vernünftige Bürgerschaftsarbeit nicht denkbar gewesen wäre. Gespräche mit Stadtteilakteuren, Teilnahme an Veranstaltungen, Besuche von Einrichtungen, die wöchentlichen Arbeitsfrühstücke des kleinen Teams um Joachim, die Fraktionsberatungen sowie die monatlichen Koordinationssitzungen mit der Bezirksfraktion Ham-



Blick von der Elbphilharmonie-Baustelle auf andere Teile der Stadt

burg-Mitte waren unverzichtbar für Information und politische Diskussion, für Kontaktpflege und das Aufgreifen von Anliegen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger. Ich habe es dabei als Stärke empfunden, mit großer Offenheit in den Dialog zu gehen. Menschen zu begegnen, ihnen zuzuhören und ihre Anliegen ernst zu nehmen, die andere Auffassungen und einen anderen Hintergrund haben, aber unzufrieden waren mit einzelnen Seiten der Senatspolitik, ist eine wichtige Erfahrung, ohne die Informationen und Einschätzungen nicht ausgetauscht werden konnten.

Linke müssen offenkundig in diesem Land gut, vielleicht sogar besonders gut sein, um auch nur manchmal Gehör zu finden. Ich bin überzeugt davon, dass Joachim – was Ernsthaftigkeit, Zuverlässigkeit und Hartnäckigkeit betrifft – in dieser Hinsicht eine vorbildliche Arbeit geleistet hat, auch im Urteil so mancher politischen Gegner. Das Hamburger Abendblatt hat ihn wohl zu Recht als einen der am häufigsten ans Pult getretenen Redner in der Bürgerschaft ausgemacht. Seine polit-ökonomischen Kenntnisse haben ihn zudem zu einem der profundesten Kenner und Kritiker der Hamburger Haushaltspolitik gemacht. Dass für eine sozialere und bessere Stadtpolitik auch immer die ökonomischen Grundlagen zu beherzigen sind, dass Salz in die Wunde der ungerechten Steuergesetzgebung, der fragwürdigen Finanzierungskonzepte des Senats und der Skandale der HSH Nordbank gestreut werden müssen – das sind vielleicht die wichtigsten »Lehren«, die ich aus der Kooperation mit Joachim mitnehme. Kein Wunder, dass er mit seiner Hartnäckigkeit im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank vielen etablierten PolitikerInnen und Bankern auf die Nerven gegangen ist, und kein Wunder, dass sie versucht haben, ihn aus dem PUA zu rauszuschmeißen.

Bilanz sind immer auch Zahlen:

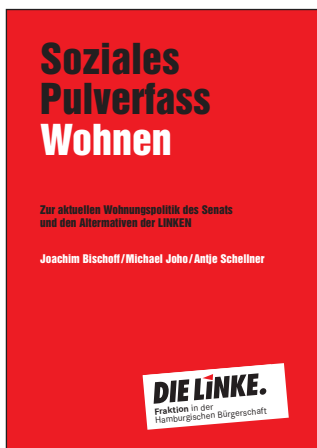
- Bis zum heutigen Tag verzeichnet die Parlamentsdokumentation 332 Dokumente, die auf Joachims Initiative zustande gekommen sind, gut drei Hundert mehr oder weniger scharfe Pfeile auf die Ignoranz und Mängel des weit überwiegend schwarz-grün geführten Senats.
- Die LeserInnen halten gerade den insgesamt 61. »BürgerInnenbrief« in der Hand, aus meiner Sicht eine einmalige

Form der zweiwöchentlichen Information, Transparenz und Rechenschaftslegung.

- Es entstanden Broschüren zur linken Wohnungs-, Verkehrs- und Sportpolitik, zur Kombi-Pferdebahn in Horn und zur Sozialen Erhaltungsverordnung, die Analyse zur aktuellen Wohnungsmisere und nicht zuletzt der Ross und Reiter nennende PUA-Minderheitsbericht zur HSH Nordbank. Aufklärung und Information über miese Zustände, über Unfassbarkeiten und Unzumutbarkeiten gehören aus meiner Sicht zu den vornehmsten Aufgaben von linken Parlamentariern.

Zur Bilanz gehören auch die vielen Begegnungen und Erkenntnisse, die Döntjes und Konflikte. Sei es, sich mal eben zu Sportwetten zu positionieren (die mir bis dato ziemlich egal waren); sei es, sich über einige Sozis zu ärgern, die lieber fünf Kleine Anfragen zum gleichen Thema formulieren, statt eine etwas umfangreichere, nur, um im Ranking der VielschreiberInnen hochzurutschen; sei es, um in der Fraktion über einen Betriebsrat zu ringen oder gelegentlich das Nörgeln der Anhänger aus der Partei DIE LINKE über die »abgehobene« Fraktion wegzustecken...

Es waren spannende und anstrengende drei Jahre, die nun hinter mir liegen und die ich nicht missen möchte. Ohne Zuspruch und Interesse aus meiner nahen und nächsten Umgebung wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Ich möchte daher allen FreundInnen und GenossInnen für die Unterstützung danken, für die Zusammenarbeit mit Björn, Norbert, Gerd, Bernhard und Marion, insbesondere auch für das Vertrauen, das Joachim unserem Mini-Team – Antje und mir – entgegengebracht hat. Ich konnte an dem Versuch mitwirken, drei Jahre eine geradlinige linke Politik zu entwickeln und praktisch umzusetzen – zusammen mit vielen EinzelkämpferInnen, diversen Initiativen und einer Partei, die sich konsequent für die Interessen der Benachteiligten, der Erwerbslosen und Hartz-IV-EmpfängerInnen, der Beschäftigten und der MieterInnen, gegen Kriegseinsätze, Privatisierung, Kultur- und Sozialabbau eingesetzt hat. Meine Stimme wird daher auch dieses Mal wieder DIE LINKE bekommen, die als Stachel wider die eingefahrenen Verhältnisse löckt. Und die die Chance bekommen sollte, ihre wichtige Oppositionsarbeit fortzusetzen.



Zu beziehen über die Geschäftsstellen und Fraktionsbüros der LINKEN und herunterzuladen im Netz unter www.linksfraktion-hamburg.de

Wählen gehen, und zwar richtig!



»Opposition ist Mist« – na ja, Franz Müntefering weiß es wohl nicht besser. Immerhin, sein Ausspruch lässt sich vom Kopf auf die Füße stellen: Keine Opposition ist Mist, und zwar richtiger. Das sagt einer, der als Stadtteilaktivist (in Hamburgs Wildem Osten Rothenburgsort) in den letzten Jahren eine tolle Auswahl hatte: Lanciert man sein aktuelles Thema über die sehr nette, sehr ortskundige Sozialdemokratin auf die bürgerschaftliche Ebene? Oder bringt man es besser, vielleicht eine Nummer härter über einen der blitzgescheiterten und taktisch gewieften Abgeordneten der LINKEN auf die politische Tagesordnung der Stadt?

Die Frage könnte sich demnächst als Luxusproblem erweisen. Die SPD, das scheint ja nun fest ausgemacht, regiert, womöglich mit der GAL. Und da weiß man in Hamburg-Mitte, was man davon hat: Beton und viel individuell beteuertes Verständnis ohne Wirkung. Wenn dann DIE LINKE nicht mehr da ist, im Parlament – dann sieht's finster aus. Klar, außerparlamentarische Opposition hat auch ihren Charme. Und das Gängeviertel und die Schanze und St. Pauli, die werden schon zusehen, dass sie ihren Anteil an politischer Aufmerksamkeit bekommen. Aber Rothenburgsort und die Horner Geest und das Korallusviertel, die weniger üblichen Viertel eben, die brauchen »ihren« Draht in die Bürgerschaft ziemlich dringend. Und nein, ein Wahlkreisabgeordneter – in allen Ehren – ohne Fraktion und ohne Ressourcen, der reicht da nicht.

Also: Wählt keinen Mist. Wählt die Opposition, und zwar richtig!

Ingo Böttcher, Rothenburgsort



Ich kenne Joachim Bischoff aus unserem Stadtteil St. Georg persönlich und wähle ihn als Kandidaten der LINKEN für unseren Wahlkreis. Er hat uns in diversen Veranstaltungen sachverständig und engagiert über die gegenwärtige Finanzkrise informiert und politische Alternativen aufgezeigt, die mir glaubwürdig erscheinen. Die aus der Finanzkrise resultierenden Verluste nicht mehr einfach auf die Schultern der unteren und mittleren Schichten abzuladen, sondern den privaten Reichtum und die öffentliche Armut wenigstens schrittweise anzugleichen, das überzeugt mich. Er hat mit dazu beigetragen, die Geschehnisse um die und in der HSH Nordbank aufzuklären und durchschaubar zu machen.

Mich spricht es immer an, wenn PolitikerInnen nicht nur Ideen haben, sondern auch Umsetzungsvisionen, weil beides



bei den meisten KandidatInnen fast gar nicht mehr vorhanden ist und offensichtlich nicht mehr zum »Handwerkszeug« gehört. Joachim Bischoff hat das, das macht ihn realistisch. Zusammen mit seiner Integrität und Besonnenheit führt das bei mir zu einem menschlichen, politischen und fachlichen Vertrauen. Wenn der Reichtum Hamburgs wieder sozialer verteilt werden soll, brauchen wir solche Persönlichkeiten in unserer Bürgerschaft.

Rita Kreis, St. Georg

Mittwoch, 2. Februar 2011 | 20:00 Uhr | Turm der Dreieinigkeitskirche, St. Georgs Kirchhof

St. Georg im Wahlkampf

Der Einwohnerverein St. Georg lädt ein zur Debatte mit den SpitzenkandidatInnen für die Bürgerschaft im Wahlkreis 1. Mit Andy Grote (SPD), Michael Osterburg (GAL), Joachim Bischoff (DIE LINKE) und dem angefragten Kandidaten der CDU.

Donnerstag, 3. Februar 2011 | 17:00 bis 19:00 Uhr | Mediothek des Bildungszentrums Steilshoop, Gropiusring 43

40 Jahre U-Bahn nach Steilshoop – und jetzt wieder Wahlkampf

Die Verkehrs AG und der Stadtteilbeirat Steilshoop haben Vertreter der Parteien eingeladen, um mit ihnen über die Verkehrsanbindung des Stadtteils zu sprechen. Unter der Leitung von Peter Dreller und Bernd-Dieter Schlange werden Joachim Bischoff (DIE LINKE), Thomas Kreuzmann (CDU), Michael Schweiger (GAL) sowie Lars Pochnicht (SPD) sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger stellen.

Donnerstag, 3. Februar 2011 | 20:00 Uhr | Haus der Familie, Bei der Schilleroper 15

Strategien gegen Verdrängung aus St. Pauli

Podiumsdiskussion der Stadtteilgruppe St. Pauli der LINKEN mit Stephan Karrenbauer (Hinz & Kunzt), Stephan Nagel (Diakonie Hamburg), Michael Hartwig (Soziologe), einer Vertreterin von Mieter helfen Mietern sowie den Bürgerschafts- und Bezirksversammlungs-KandidatInnen Christine Detamble-Voss, Markus Schneider-Johnen und Joachim Bischoff

Montag, 7. Februar | 19:30 Uhr | Kaffeewelt, Böckmannstraße 3

Höhere Mieten, Aufwertung und Verdrängung – was tun in St. Georg?

Veranstaltung der Stadtteilgruppe St. Georg von DIE LINKE mit Dr. Joachim Bischoff (Bürgerschaftskandidat) und Bernhard Stietz-Leipnitz (Kandidat zur Bezirksversammlung).

Dienstag, 8. Februar 2011 | 18:30 Uhr | Haus der Jugend Horn (Gesamtschule/Stadteilschule Horn), Snitgerreihe 4

Modern – ökologisch – teuer?

Leben und Wohnen in Horn, Hamm und Borgfelde. Was will DIE LINKE? Mit den KandidatInnen für die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und Bürgerschaft (Wahlkreis 1), Sandra Clemens, Bernhard Stietz-Leipnitz und Joachim Bischoff. Die östlichen zentrumsnahen Stadtteile in Hamburg befinden sich am Beginn eines Umbruchs. Mehr junge Familien ziehen nach Horn, Hamm und Borgfelde, und die zum Teil seit Jahrzehnten hier wohnenden Menschen werden älter. Es werden zunehmend Eigentumswohnungen gebaut und Gebäude aus dem Wiederaufbau der Nachkriegszeit nachgerüstet und energetisch modernisiert. Bedeuten Grundrissänderungen von Wohnungen oder energetische Modernisierungen auch starke Mieterhöhungen, und drohen den Stadtteilen am Ende starke strukturelle Veränderungen durch zunehmenden Bau von Eigentumswohnungen? Wie sollte die Politik solchen Entwicklungen gegensteuern?

Donnerstag, 10. Februar 2011 | 19:00 Uhr | Haus des Sports, Schäferkampsallee 1

Wahlveranstaltung des Hamburger Sportbundes

Mit den sportpolitischen SprecherInnen der Parteien bzw. Fraktionen: Juliane Timmermann (SPD), Wolfhard Ploog (CDU), Horst Becker (GAL), Frau Kaesbach (FDP), Joachim Bischoff (DIE LINKE).

joachimbischoff.de

Ich habe in einem kurzen **Filmspot** die Themen angesprochen, die speziell für den Wahlkreis 1 – Hamburg-Mitte, in dem ich für die Bürgerschaft kandidiere, auf den Nägeln brennen. Anzuschauen ist er auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Über eine Rückmeldung, ob diese eher ungewöhnliche Ansprache Anklang findet, würde ich mich freuen. Auf der Website gibt es außerdem immer aktuelle Positionsbestimmungen und die neuesten Termine.



Tipps: Mitdemonstrieren & von anderen lernen



Wilhelmsburger protestierten auf dem Rathausmarkt bereits im Herbst 2010

Die WilhelmsburgerInnen führen ihre Proteste gegen die Verlagerung der Reichsstraße und die Schaffung einer neuen Quasi-Autobahn sowie gegen die »Hafenquerspanne« fort. Am Samstag, den **5. Februar**, demonstrieren sie um **12:00 Uhr** erneut auf dem Hamburger Rathausmarkt. Dies soll vor allem den Abgeordneten der CDU und der GAL (und nicht zuletzt auch der möglichen neuen Regierungspartei SPD) noch einmal die ablehnende Haltung der ElbinsulanerInnen deutlich machen, steht das Thema Reichsstraßen-Verlagerung doch auf der letzten Bürgerschaftssitzung vor der Neuwahl am 9. Februar erneut zur Debatte. Also trotz noch winterlichen Temperaturen: Raus an die frische Luft und mitdemonstrieren!

Und man kann auch von anderen Städten lernen. Die Gruppe ZAK³ aus dem schwäbischen Tübingen hat eine 60seitige Broschüre veröffentlicht, die sich dem auch von mir unterstützten Anliegen widmet, den Öffentlichen Personennahverkehr auf Dauer umsonst anzubieten. »Wir, die Tübinger Gruppe ZAK³ (Gruppe gegen Kapitalismus, Krieg und Kohlendioxid), fordern seit 2008 einen Nulltarif im Stadtverkehr:

TüBus umsonst! In dieser Broschüre stellen wir unsere Kampagne vor, interviewen Fachleute, beschreiben ähnliche Projekte in anderen Städten und diskutieren die politischen Hintergründe unserer Forderung. Wir wollen damit einen Beitrag leisten zur Debatte um »Klimagerechtigkeit«, also um einen wirksamen Klimaschutz, der die herrschende soziale Spaltung zumindest nicht noch weiter verschärft – lokal wie global.« Und unter der schönen Überschrift »Realpolitik mit utopischem Überschuss« heißt es weiter »Ein Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr hätte einen überdurchschnittlichen Nutzen für Arme, für Familien mit Kindern etc. Das würde ein Stückchen Umverteilung von oben nach unten bedeuten. Dadurch würde die Mobilität erhöht – für Leute, die auf den Bus angewiesen sind, aber ihren Besuch im Stadtzentrum lieber auf morgen verschieben, weil sie sich die Vier-Euro-Rückfahrkarte nicht leisten können.« Die Broschüre »TÜ.BUS umsonst« kann im Internet unter der Webadresse der Hamburger Umsonst-Initiative (<http://www.hvzumsonst.blogspot.de/>) heruntergeladen werden.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**